

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Rates** der Stadt Burgdorf am **13.06.2024** im Ratssaal des Schlosses, Spittaplatz 5, 31303 Burgdorf,

19.WP/Rat/025

Beginn öffentlicher Teil: 18:03 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 20:18 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 20:14 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 20:34 Uhr

ANWESENHEIT:

Ratsvorsitzende

Meinig, Birgit

Bürgermeister

Pollehn, Armin

1. stellv. Bürgermeisterin

Buhndorf, Andrea (ab Top 6)

2. stellv. Bürgermeisterin

Neitzel, Beate

Ratsherren/-frauen

Apel, Robert (ab Top 1)
Baumgarten, Claudia
Bierkamp, Dirk (bis Top 15)
Birgin, Gurbet
Braun, Hartmut
Braun, Jens
Degro, Johanna
Fleischmann, Michael
Gawlik, Mario
Gersemann, Christiane
Heller, Simone
Hinz, Gerald
Höfner, Joachim
Kaefer, Volkhard, Dr.
Kicza, Tanja
Köneke, Klaus
Lilienthal, Anika
Müller, Malte
Nijenhof, Rüdiger
Paul, Matthias
Paul, Susanne
Peisker, Niklas
Schweer, Cord-Heinrich
Sieke, Oliver
Steinbeck-Behrens, Cord, Dr.
Sund, Björn

Thöner, Dagmar
Vehling, Karl-Heinz, Dr.
Voß, Gabriele
Wendt, Jörgen

Verwaltung

Giere, Janna
Kugel, Michael
Piel, Anja
Raue, Nicole
Vierke, Silke

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 18.04.2024
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
- 3.1. Genehmigung der 2. Nachtragshaushaltssatzung für den Doppelhaushalt 2023/2024
Vorlage: M 2024 0789
- 3.2. Antrag auf Akteneinsicht - Unterhaltung der landwirtschaftlichen Wege im Stadtteil Schillerslage
Vorlage: M 2024 0801
4. Eröffnung einer zusätzlichen Kindergartengruppe "Mullewapp 3" im Kindergarten der Lebenshilfe e.V. Burgdorf
Vorlage: BV 2024 0770
5. Erweiterung/Umbau der Kindertagesstätte Fröbelweg
Vorlage: BV 2024 0780
- 5.1. Erweiterung/Umbau der Kindertagesstätte Fröbelweg
Vorlage: BV 2024 0780/1
6. Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Ausstattungsgegenstände in der Kindertagespflege für in der Stadt Burgdorf tätige Kindertagespflegepersonen
Vorlage: BV 2024 0778
7. Änderung der Satzung der Stadt Burgdorf über die Förderung von Kindern in Kindertagespflege und über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung in Kindertagespflege - Kindertagespflegesatzung -
Vorlage: BV 2024 0779

8. Neufassung der Satzung über die Entschädigung für Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Burgdorf sowie der Schiedspersonen der Stadt Burgdorf
Vorlage: BV 2023 0636/1
9. Übertragung der Rechnungsprüfung der Musikschule Ostkreis Hannover e. V.
Vorlage: BV 2024 0791
10. Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung
Vorlage: BV 2024 0743
- 10.1. Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung
Vorlage: BV 2024 0743/1
11. Abrechnung von straßenbaulichen Maßnahmen - Aufwandsspaltung
(Teileinrichtung)
Vorlage: BV 2024 0758
12. Zuwendungen/Spenden
Vorlage: BV 2024 0785
13. Kommunale Wärmeplanung für Burgdorf, Antrag der Gruppe SPD und Bündnis
90/Die Grünen
Vorlage: A 2023 0634
14. Antrag gem. Geschäftsordnung der FDP-Fraktion zum Thema Wolf vom 11.08.2023
Vorlage: A 2023 0581
- 14.1. Mitteilung zum Antrag der FDP-Fraktion zum Thema Wolf vom 11.08.2023
Vorlage: M 2023 0581/1
15. Instandsetzung des Wicken Thies Brunnen - Antrag der FDP-Fraktion vom
21.09.2023
Vorlage: A 2023 0620
- 15.1. Brunnen auf dem Spittaplatz - weiteres Vorgehen
Vorlage: BV 2023 0519/3
- 15.2. Brunnen auf dem Spittaplatz - weiteres Vorgehen
Vorlage: BV 2023 0519/4
16. Waldkindergarten - Antrag der FDP-Fraktion vom 14.04.2024
Vorlage: A 2024 0794
- 16.1. Waldkindergarten - Antrag der FDP-Fraktion vom 14.04.2024
Vorlage: A 2024 0794/1
17. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

Die Fragen aus der Einwohnerfragestunde sind dem Protokoll als **Anlage 1** beigelegt.

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Ratsvorsitzende Meinig eröffnet um 18:03 Uhr die Ratssitzung und begrüßt die Ehrenratsmitglieder, die Presse sowie die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner.

Ratsvorsitzende Meinig richtet Glückwünsche an die Ratsmitglieder, die seit der letzten Ratssitzung Geburtstag hatten.

Ratsvorsitzende Meinig stellt nach form- und fristgerechter Einladung die Beschlussfähigkeit fest.

Weiter teilt sie mit, Ratsfrau Thieleking kann heute leider nicht an der Ratssitzung teilnehmen und 1. stellv. Bürgermeisterin Buhndorf wird etwas später kommen.

Ratsvorsitzende Meinig erläutert die Tagesordnung.

Der Tagesordnungspunkt

8. Neufassung der Satzung über die Entschädigung für Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Burgdorf sowie der Schiedspersonen der Stadt Burgdorf
Vorlage: BV 2023 0636/1

ist von der Tagesordnung zu nehmen. Die Beratungen zur Vorlage wurden im Feuerwehrausschuss zurückgestellt.

Des Weiteren besteht die Empfehlung, die Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt

- 10.1 Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung
Vorlage: BV 2024 0743

zu ergänzen.

Der Ergänzungsvorlage können die Formulierungsempfehlungen des Ausschusses für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten entnommen werden.

Ratsvorsitzende Meinig stellt die Tagesordnung mit den vorangegangenen Änderungen zur Abstimmung.

Der Rat fasst mit 33 Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Die Tagesordnung wird mit den vorgenannten Änderungen angenommen.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 18.04.2024

Der Rat fasst mit 32 Ja-Stimmen und einer Enthaltung folgenden

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung des Rates vom 18.04.2024 wird genehmigt.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

Ratsvorsitzende Meinig übergibt das Wort an Bürgermeister Pollehn.

Bürgermeister Pollehn kündigt an, zu dem Verkehrsversuch in der Marktstraße wird am 27.06.2024 ab 18:30 Uhr eine Sondersitzung des Rates stattfinden. Die Ergebnisse der Befragungen zum Verkehrsversuch sollen im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 18.06.2024 vorgestellt werden. Auf dieser Grundlage könne in der Sondersitzung des Rates eine transparente Diskussion und Beschlussfassung über die Fortführung des Verkehrsversuches erfolgen.

Ratsherr Bierkamp kritisiert, dass die Sondersitzung in den Ferien liegt.

Ratsherr Nijenhof stellt klar, dass in Notfällen auch Sitzungen in den Ferien möglich sind.

Bürgermeister Pollehn macht deutlich, dass die Ergebnisse der Befragungen erst am 18.06.2024 vorgestellt werden können und eine Beschlussfassung somit erst nach diesem Datum erfolgen könne.

**3.1. Genehmigung der 2. Nachtragshaushaltssatzung für den Doppelhaushalt 2023/2024
Vorlage: M 2024 0789**

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

**3.2. Antrag auf Akteneinsicht - Unterhaltung der landwirtschaftlichen Wege im Stadtteil Schillerslage
Vorlage: M 2024 0801**

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

**4. Eröffnung einer zusätzlichen Kindergartengruppe "Mullewapp 3" im Kindergarten der Lebenshilfe e.V. Burgdorf
Vorlage: BV 2024 0770**

Beigeordnete Gersemann verweist auf die umfassende Begründung in der Vorlage, die für die Einrichtung der Gruppe spreche. Im Besonderen geht sie auf die Bedeutung für die Gesellschaft ein. Ein intaktes Gemeinwesen brauche Vielfalt. Inklusion sei ein Menschenrecht, welches nicht unter Ressourcenvorbehalt gestellt werden dürfe. Mit dieser Vorlage könne aktiv zur Inklusion beigetragen werden. Die SPD werde der Beschlussvorlage zustimmen.

Ratsfrau Lilienthal richtet Dank an den Förderverein des Kindergartens der Lebenshilfe. Ohne diesen hätte die Vorlage so nicht auf den Weg gebracht werden können.

Der Rat fasst mit 33 Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

- 1) Zur Schaffung von 10 weiteren Kindergartenplätzen im Stadtgebiet wird der Betrieb einer weiteren kooperativen Kindergartengruppe (Mullewapp 3) in der Kindertagesstätte der Lebenshilfe Burgdorf e.V. beschlossen.**

Entsprechend den vertraglichen Regelungen für die bestehenden zwei kooperativen Kindergartengruppen (Mullewapp 1 + 2) leistet die Stadt Burgdorf auch für die zusätzliche Kindergartengruppe einen Defizitausgleich für die durch anderweitige Einnahmen nicht gedeckten angemessenen Betriebskosten der Kindertagesstätte.

Der Betriebsführungsvertrag zwischen der Stadt Burgdorf und der Lebenshilfe e.V. Burgdorf wird entsprechend angepasst.

- 2) Zur Realisierung der zusätzlichen kooperativen Kindergartengruppe gewährt die Stadt Burgdorf der Lebenshilfe e.V. Burgdorf einen einmaligen, nicht rückzahlbaren Zuschuss in Höhe von bis zu 50.000 €.**
- 3) Die Realisierung erfolgt vorbehaltlich der kommunalaufsichtsrechtlichen Genehmigung.**

**5. Erweiterung/Umbau der Kindertagesstätte Fröbelweg
Vorlage: BV 2024 0780**

Die Tagesordnungspunkte 5 und 5.1 werden gemeinsam behandelt.

**5.1. Erweiterung/Umbau der Kindertagesstätte Fröbelweg
Vorlage: BV 2024 0780/1**

Ratsvorsitzende Meinig teilt mit, dass sie sich rechtlich zwar nicht im Mitwirkungsverbot befinde, jedoch auch keinen falschen Anschein erwecken möchte und sich daher aus der Beratung zurückziehe. Sie gibt die Sitzungsleitung an die 2. stellv. Bürgermeisterin Neitzel ab und begibt sich in

den Zuschauerraum.

2. stellv. Bürgermeisterin Neitzel übernimmt die Sitzungsleitung. Wortmeldungen gibt es nicht. Sie stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Ratsherr Peisker ist während der Abstimmung abwesend.

Der Rat fasst mit 31 Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

- 1. Der Durchführung der Projektvariante 1 beim Projekt „Kindertagesstätte Fröbelweg“ wird zugestimmt. Das Projekt wird zu den mit Beschluss zur Vorlage BV 2020 1276 festgelegten Rahmenbedingungen und unter der Maßgabe der Realisierung einer sechsruppigen Einrichtung (3 Krippengruppen und 3 Kindergartengruppen) vorangetrieben.**
 - 2. Der Bürgermeister wird beauftragt und ermächtigt, notwendige vertragliche Vereinbarungen mit der St. Pankratius Kirchengemeinde Burgdorf und ggf. dem Kirchenkreis Burgdorf als Träger der Einrichtung auszuhandeln und abzuschließen.**
 - 3. Die Realisierung erfolgt vorbehaltlich der kommunalaufsichtsrechtlichen Genehmigung.**
- 6. Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Ausstattungsgegenstände in der Kindertagespflege für in der Stadt Burgdorf tätige Kindertagespflegepersonen
Vorlage: BV 2024 0778**
-

2. stellv. Bürgermeisterin Neitzel gibt die Sitzungsleitung zurück an **Ratsvorsitzende Meinig**.

Ratsherr Nijenhof erläutert die Vorlage für die Zuschauer.

Der Rat fasst mit 34 Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Die Richtlinie zur Gewährung von Zuwendungen für Ausstattungsgegenstände in der Kindertagespflege für in der Stadt Burgdorf tätige Kindertagespflegepersonen wird in der sich aus der Anlage der Vorlage BV 2024 0778 ergebenden (und der Originalniederschrift als Anlage A beigefügten) Fassung erlassen.

- 7. Änderung der Satzung der Stadt Burgdorf über die Förderung von Kindern in Kindertagespflege und über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung in Kindertagespflege - Kindertagespflegesatzung -
Vorlage: BV 2024 0779**
-

Der Rat fasst mit 34 Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Die 6. Änderung der Satzung der Stadt Burgdorf über die Förderung von Kindern in Kindertagespflege und über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung in Kindertagespflege - Kindertagespflegesatzung - vom 29.06.2023 wird in der sich aus der Anlage der Vorlage BV 2024 0779 ergebenden (und der Originalniederschrift als Anlage B beigefügten) Fassung erlassen.

- 8. Neufassung der Satzung über die Entschädigung für Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Burgdorf sowie der Schiedspersonen der Stadt Burgdorf
Vorlage: BV 2023 0636/1**
-

- abgesetzt -

- 9. Übertragung der Rechnungsprüfung der Musikschule Ostkreis Hannover e. V.
Vorlage: BV 2024 0791**
-

Erster Stadtrat Kugel erläutert, die Prüfung erfolge zurzeit ausschließlich durch die Trägerkommune Stadt Lehrte und solle künftig durch alle Trägerkommunen, so auch die Stadt Burgdorf, erfolgen. Die Trägerkommunen nehmen die Prüfung abwechselnd in alphabetischer Reihenfolge vor.

Der Rat fasst mit 34 Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Burgdorf wird gem. § 155 Abs. 2 Nieders. Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) mit der Prüfung der Musikschule Ostkreis Hannover e. V. nach Maßgabe der geltenden Satzung beauftragt.

- 10. Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung
Vorlage: BV 2024 0743**
-

Die Tagesordnungspunkte 10 und 10.1 werden gemeinsam behandelt.

- 10.1. Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung
Vorlage: BV 2024 0743/1**
-

Rechnungsprüferin Piel erläutert, dass eine Änderung der Rechnungsprüfungsordnung notwendig geworden sei. Das neue Prüfkonzept solle Rat und Verwaltung mehr Unterstützung bieten. Es werde weniger Einzelprüfungen geben, das Augenmerk solle mehr auf Systemprüfungen

gesetzt werden.

Der Rat fasst mit 34 Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Die dieser Vorlage als Anlage (und der Originalniederschrift als Anlage C) beigefügte Fassung der Rechnungsprüfungsordnung wird beschlossen.

**11. Abrechnung von straßenbaulichen Maßnahmen - Aufwandsspaltung (Teileinrichtung)
Vorlage: BV 2024 0758**

Erster Stadtrat Kugel erläutert den Inhalt der Vorlage.

Der Rat fasst mit 34 Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Der Aufwand für die selbstständig nutzbare Teileinrichtung „Gehweg“ für die Ausbauanlage „Hauptstraße – L311“ wird gesondert ermittelt.

**12. Zuwendungen/Spenden
Vorlage: BV 2024 0785**

Der Rat fasst mit 34 Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Folgende Zuwendung wird angenommen:

- **Geldzuwendung in Höhe von 3.400,00 € an die Tiefbauabteilung zur Errichtung einer Sitzbank am Rohrkampsweg vom Förderkreis für Burgdorfer Senioren e.V.**

**13. Kommunale Wärmeplanung für Burgdorf, Antrag der Gruppe SPD und Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: A 2023 0634**

Ratsvorsitzende Meinig erteilt dem Antragsteller das Wort.

Ratsherr Müller erläutert seinen Antrag. Ihm gehe es insbesondere darum, etwas Druck und Tempo in die kommunale Wärmeplanung zu bringen. Diese werde spätestens 2026 Pflichtaufgabe der Gemeinde. Um den Einwohnenden frühzeitig mehr Planungssicherheit für künftige Investitionen in die eigene Energieversorgung zu geben, solle möglichst schnell die Ausschreibung der kommunalen Wärmeplanung erfolgen.

Ratsherr Köneke teilt mit, die CDU habe sich im Fachausschuss gegen den Antrag ausgesprochen. Insbesondere die Formulierung „schnellstmöglich“

wurde als problematisch angesehen. Während Hannover bereits vor zwanzig Jahren ein Konzept entwickelt habe, sei Burgdorf hier noch ganz am Anfang. Auch gebe es hier keinen größeren Wärmerezeuger, der überschüssige Energie abgeben könnte. Wenn jetzt überhastet versucht werde, aus dem Nichts heraus eine kommunale Wärmeplanung zu erstellen, so befürchte er, könne dies zu Qualitätseinbußen und Kostensteigerungen in dem Verfahren führen. Er plädiert dafür, sich bei anderen Kommunen anzuschließen und vermutet, dass es in den nächsten Jahren günstigere Möglichkeiten einer Wärmeplanung geben werde, statt heute als Vorreiter in das Thema zu gehen.

Ratsherr Dr. Vehling kritisiert den Druck, der auf die Verwaltung ausgeübt werden soll. Die Einrichtung einer kommunalen Wärmeplanung sei ab 2026 ohnehin Pflicht und er habe keinen Anlass anzunehmen, dass die Verwaltung diesem Auftrag nicht nachkommen werde. Weiter sehe er hier eine Einmischung des Rates in die laufenden Geschäfte der Verwaltung. Die FDP-Fraktion werde gegen den Antrag stimmen.

Ratsherr Nijenhof störe sich ebenfalls an dem Begriff „schnellstmöglich“. Er lobt dagegen, dass die Grünen-Fraktion mit diesem Antrag bereits mitgeteilt habe, welche Punkte ihnen besonders wichtig seien. Für ihn sei wichtig, dass durch die Wärmeplanung andere Projekte nicht auf Eis gelegt würden.

Für **Ratsherrn Paul** ist die Abneigung gegen das Wort „schnellstmöglich“ nicht nachvollziehbar. Es heiße nicht „sofort“, sondern „so schnell wie möglich“. Er stimmt zu, dass die Einrichtung großer Wärmenetze in Burgdorf eher unwahrscheinlich sei. Aber so lange die Wärmeplanung nicht abgeschlossen sei, blieben die Bürgerinnen und Bürger im Unklaren und hätten keinerlei Planungssicherheit. Das Thema solle daher nun angegangen und ein Unternehmen gefunden werden. Dem Beispiel von Isernhagen und Uetze solle gefolgt werden.

Ratsherr Fleischmann erachtet den Antrag als überflüssig, da die Aufgabe ohnehin Pflicht der Kommune werde. Dieses Phänomen, dass Anträge zu Pflichtaufgaben durch die Mehrheitsfraktionen gestellt würden, trete immer öfter auf. Anschließend brüsteten sie sich mit den Erfolgen, die auch ohne den Antrag eingetreten wären. Er kritisiert, dadurch würden zu viele Verwaltungskapazitäten gebunden.

Bürgermeister Pollehn teilt mit, die Verwaltung sei längst in der Planung. Der Klimaschutzmanager habe bereits im Fachausschuss dazu berichtet. Er bestätigt, dass die Aufgabe 2026 zur Pflichtaufgabe werde. Fraglich sei nun, mit wem diese Aufgabe erfüllt werden könnte.

An die Bürgerinnen und Bürger rät er, sich auf den Internetseiten der KfW-Bank zu informieren. Hier stünde zurzeit eine Vielzahl von Fördermöglichkeiten zur Verfügung.

Als dritten Punkt berichtet er von einem Pilotprojekt in der Weststadt, deren Ergebnisse in Teilen bereits vorgestellt wurden. Es seien Bedarfswerte ermittelt worden, die jetzt schrittweise aufgearbeitet werden. Dieses benötige entsprechend Zeit. Wesentlich sei, die Planung rechtzeitig zu 2026 fertigzustellen, da die Nachfrage nach Tiefbaukräften dann voraussichtlich erheblich steigen wird. Daher werde jetzt schon überlegt, wie auch die Umsetzung erfolgen könne. Die Wärmeplanung sei im Moment vorrangig ein Abarbeiten.

Ratsherr Nijenhof führt aus, er sehe keine Argumente, die gegen den Antrag

sprächen, da nichts enthalten sei, was die Verwaltung nicht ohnehin machen müsse. Er werde dem Antrag zustimmen und bittet die Verwaltung, diesen als Unterstützung zu sehen.

Beigeordneten Hinz ist wichtig, kurzfristig eine Fachfirma für die kommunale Wärmeplanung beauftragen zu können. Den Hinweis auf die KfW-Förderungen finde er zu kurz gedacht, da nicht alles, was gefördert wird, auch für Burdorf passend sei. Die Bürgerinnen und Bürger müssten heute schon wissen, was künftig geplant werde, um ihre eigenen Investitionen darauf abstimmen zu können. Die konkrete Planung müsse nun jedoch erst ausgearbeitet werden. Daher sei wichtig, dass das Projekt frühzeitig gestartet werde.

Ratsherr Gawlik stellt klar, dass es in dem Antrag nicht nur darum gehe, die Kommunale Wärmeplanung zu erstellen. Er beinhalte auch Punkte zu städtischen Flächen, die gesichert und von entgegenstehender Nutzung freigestellt werden sollen. Dies führe dazu, dass bei jedem neuen Bauvorhaben zunächst geprüft werden müsse, ob dieser Beschluss dem Bauvorhaben entgegenstehe. Zusammenfassend sei der Antrag nicht hilfreich und schränke die Verwaltung unnötig ein.

Nach kurzer Diskussion besteht Einigkeit die Nr. 6 des Antrages dahingehend abzuändern, die Formulierung „aufschiebbar Baumaßnahmen“ durch „künftige Baumaßnahmen“ zu ersetzen.

Die Redeliste wird geschlossen, **Ratsvorsitzende Meinig** stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Rat fasst mit 20 Ja-Stimmen, 13 Gegenstimmen und einer Enthaltung folgenden

Beschluss:

- 1. Es wird ein Auftrag für die Erstellung einer kommunalen Wärmeplanung vergeben. Die Ausschreibung für die Vergabe wird schnellstmöglich vorbereitet.**
- 2. Es werden bereits mit Hilfe der gebäudescharfen Wärmebedarfskarte der Landesklimaagentur KEAN vorbereitende Maßnahmen zur Erstellung einer kommunalen Wärmeplanung getätigt, sobald diese Daten zur Verfügung stehen.**
- 3. Bei der Planung sind die Stadtwerke Burgdorf, große Wärmeverbraucher (wie z.B. Gewerbebetriebe, Eigentümer*innen eines großen Wohnungsbestandes) und betroffene, angrenzende Kommunen mit einzubinden.**
- 4. Es wird eine frühzeitige Information und Beteiligung für die Bevölkerung, beispielsweise über eine mutmaßlich geeignete Quartiersversorgung, geben.**
- 5. Bei der Umsetzung von Maßnahmen der Stadtplanung werden geeignete Fern- oder Nahwärmeversorgungen berücksichtigt, um Doppelarbeiten und Doppelkosten zu vermeiden.**
- 6. Künftige Baumaßnahmen werden mit der Realisierung der Wärmeplanung verbunden.**
- 7. Freiflächen oder absehbar frei werdende Flächen, die für den Bau von Versorgungsanlagen (z.B. Geothermie) oder zur Errichtung einer Fern- oder Nahwärmeversorgungsinfrastruktur geeignet erscheinen, werden gesichert und von entgegenstehenden**

Nutzungen vorläufig freigehalten.

- 8. Es werden die Möglichkeiten des Einsatzes von Abwärme ergründet.**
- 9. Es wird die Absicht bekundet, die im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung identifizierten Maßnahmen (z.B. geeignete Fern- oder Nahwärmeversorgung) im Anschluss zu realisieren.**

**14. Antrag gem. Geschäftsordnung der FDP-Fraktion zum Thema Wolf vom 11.08.2023
Vorlage: A 2023 0581**

Die Tagesordnungspunkte 14 und 14.1 werden gemeinsam behandelt.

**14.1. Mitteilung zum Antrag der FDP-Fraktion zum Thema Wolf vom 11.08.2023
Vorlage: M 2023 0581/1**

Ratsvorsitzende Meinig übergibt das Wort an die Antragstellerin.

Ratsfrau Lilienthal möchte mit dem Antrag auf die Wolfsproblematik aufmerksam machen. Die Weidetierhaltung sei seitdem mit vielerlei Problemen verbunden. Mit diesem Antrag wolle sie Abhilfe schaffen, da Wolfsbefürwortende einen unheimlichen Druck auf Weidetierhaltende ausübten. Sie appelliert daran, die Weidetierhaltung nicht zu vergessen.

Ratsherr Nijenhof kritisiert, eine Ablehnung des Antrages könne den Eindruck erwecken, der Rat stehe nicht hinter den Weidetierhaltern. Der Antrag sei für ihn jedoch nicht zustimmungsfähig. Neben der Unsicherheit der Antragstellerin selbst, verträten auch Sachverständige bei diesem Thema eine andere Ansicht. Er möchte daher deutlich machen, dass eine Ablehnung des Antrages keiner Ablehnung der Weidetierhaltung gleichkomme.

Ratsherr Köneke wiederholt seine Aussage aus dem Fachausschuss, er misstrauere nicht den Institutionen, die bislang die Rissproben untersuchten. Eine eigene Beauftragung von B-Proben sehe er daher als unnötig an. Auch eine Beschilderung mit Warnschildern im Burgdorfer Holz sehe er kritisch. Wölfe legten täglich erhebliche Strecken zurück und wanderten damit weit über das Gebiet des Burgdorfer Holzes hinaus. Er unterhalte selbst drei Kuhherden und kenne daher die Probleme der Weidetierhaltung. So müsse er sich heute genau überlegen, wie er seine Herden zusammenstellt, um diese vor Wolfsangriffen zu schützen. Für eine wolfsichere Einzäunung müsse er einen 7 km langen Zaun aus stromführenden Litzen errichten und unterhalten. Absolute Sicherheit gebe es dadurch allerdings nicht. Auch befürchte er negative Auswirkungen, wenn die Landschaft durch überdimensionierte Wolfsschutzzäune geprägt wäre. Die Weidetierhaltung, welche die Landschaft offenhalte, müsse geschützt werden. Dies gelinge jedoch nicht mit den Vorschlägen der FDP, sondern nur durch ein aktives Wolfsmanagement. Dies könne aber nicht auf kommunaler Ebene erfolgen.

Ratsfrau Lilienthal stimmt zu, dass dies ein Bundesthema sei und auf

kommunaler Ebene kaum zu lösen. Ihr ginge es darum, ein Zeichen für die Weidetierhaltung zu setzen.

Der Rat fasst mit 30 Ja-Stimmen und vier Gegenstimmen folgenden

Beschluss:

Der Antrag der FDP-Fraktion:

- 1. Der Rat möge beschließen, dass bei allen Nutz- und Weidetierrissen eine B-Probe durch die Stadt Burgdorf in Auftrag gegeben und bezahlt wird.**
- 2. Der Rat möge beschließen, dass der Bürgermeister beim nächsten Riss, der dem Burgdorfer Rudel zugeordnet werden kann, eine Abschussgenehmigung an die dafür zuständige Stelle stellt.**
- 3. Der Rat möge beschließen, dass die Verwaltung im Kerngebiet des Rudels im Burgdorfer Holz Hinweisschilder zur Warnung der Bevölkerung aufstellen lässt.**

wird abgelehnt.

- 15. Instandsetzung des Wicken Thies Brunnen - Antrag der FDP-Fraktion vom 21.09.2023
Vorlage: A 2023 0620**
-

Die Tagesordnungspunkte 15 bis 15.2 werden gemeinsam behandelt.

- 15.1. Brunnen auf dem Spittaplatz - weiteres Vorgehen
Vorlage: BV 2023 0519/3**
-

- 15.2. Brunnen auf dem Spittaplatz - weiteres Vorgehen
Vorlage: BV 2023 0519/4**
-

Ratsvorsitzende Meinig übergibt das Wort an die Antragstellerin.

Ratsfrau Lilienthal erinnert daran, dass es hier um ein kontrovers diskutiertes Thema gehe. Sie habe den Antrag gestellt, weil Bürger mit dem Wunsch auf sie zugekommen seien, den Brunnen zu retten. Daher sei für sie klar gewesen, der Brunnen müsse bleiben und repariert werden. Und dabei solle er auch dort bleiben, wo er jetzt ist, und weiterhin ein Ensemble mit der St. Pankratius Kirche bilden.

Ratsvorsitzende Meinig dankt und erläutert kurz das Verfahren. Die Geschäftsordnung sehe formal vor, zunächst über den Antrag abzustimmen, der am weitesten von der Beschlussempfehlung des Verwaltungsausschusses abweicht.

Ratsherr Paul meldet sich zur Geschäftsordnung und bittet, zunächst die Debatte abzuwarten und dann über die Abstimmungsfolge zu beraten.

Mit diesem Vorschlag besteht allgemeines Einverständnis.

Ratsherr Nijenhof wundert sich, weshalb der Tagesordnungspunkt bei der letzten Ratssitzung abgesetzt wurde. Er verweist darauf, dass Ratsfrau Lilienthal zwischenzeitlich Akteneinsicht genommen habe. Seitdem gehe das Gerücht um, die Stadt habe keinerlei Angebote für die Brunnenreparatur eingeholt. In der Zeitung sei jedoch berichtet worden, die Brunnenreparatur sei der Verwaltung zu teuer. Er richtet daher die Frage an Ratsfrau Lilienthal, ob sie in der Akte Angebote gefunden habe.

Ratsfrau Lilienthal bestätigt, in der Akte keine Angebote gefunden zu haben. Der zuständige Mitarbeiter habe zwar mit vielen Fachfirmen telefoniert, einen Vermerk über Preise oder belegbare Zahlen habe sie jedoch nicht gesehen.

Ratsherr Fleischmann kritisiert, in der Presse habe auch viel Falsches zu dem Thema gestanden. Die Berichterstattung habe nachgelassen, seitdem der hiesige Journalist in den Ruhestand gegangen sei. Es sei einmal von 200.000 €, ein anderes Mal von 60.000 € die Rede gewesen. Er habe bereits selbst mit Fachleuten gesprochen und ist überzeugt, eine Reparatur könne bereits für einen Bruchteil dessen erfolgen. Auch dass die Stadt nicht Eigentümerin des Brunnens wäre, sei mittlerweile revidiert worden. Der Wickenthies sei der Stadt seinerzeit von der Stadtparkasse gestiftet und mit dem Brunnen verbunden worden. Der Brunnen sei wichtig für die Stadt und er erachte es als fragwürdig, dass eine Figur mit einer Jahrhunderte reichenden Geschichte von einem so kurzlebigen Gremium, wie dem Rat, entfernt werden dürfe. Der Brunnen müsse funktionieren und er bietet an, eine Fachfirma für die Stadt zu suchen, welche die Reparatur vornehmen kann.

Bürgermeister Pollehn räumt ein, die Recherchen zu den Eigentumsverhältnissen von Brunnen und Figur seien nicht ganz einfach gewesen. Mittlerweile sei eine Protokollnotiz des alten Verwaltungsausschusses im Archiv gefunden worden, dass eine Schenkung an die Stadt erfolgt sei. Er richtet die Bitte an Herrn Fleischmann, die Vorlagen besser zu lesen. Es sei nie beabsichtigt gewesen, den Brunnen abzureißen und die Figur einzuschmelzen.

Ratsherr Paul beginnt mit einer Triggerwarnung, sein Redebeitrag könne Spuren von Druck auf den Bürgermeister beinhalten. Den Einwohnerinnen und Einwohnern gegenüber drückt er sein Bedauern aus, dass er zu Beginn der Einwohnerfragestunde noch nicht dabei sein konnte. Dies sei ein sensibles und emotionales Thema. Leider habe es zu diesem Thema auch viele Nebelkerzen und verschiedenste irreführende Aussagen gegeben. Mittlerweile habe sich der Nebel gelichtet und er könne sich daher klar für die Beschlussempfehlung des Verwaltungsausschusses aussprechen. Gestaltung sei eine wichtige Visitenkarte der Stadt und er ist überzeugt, ein Wasserelement müsse auf dem Spittaplatz bleiben. Dabei dürfe aber nicht vergessen werden, dass es sich dabei um einen Veranstaltungsplatz und nicht um eine Parkanlage handle. Die Vorschläge, dieses Thema auf die lange Bank zu schieben, erachte er als falsch, dadurch würde es nur teurer. Die SPD-Fraktion werde daher die Alternativen A + B ablehnen. Es müsse jetzt entschieden werden, wie hier weiter vorgegangen werden soll. Er kritisiert weiter, nachdem die Eigentumsverhältnisse nun geklärt seien, werde als neues Argument das fehlende Geld für die Instandsetzung angeführt. Eine Vorlage, die das Thema ausreichend beleuchte, sei bislang jedoch nicht vorgelegt worden. Ebenfalls habe es noch keine Angebote gegeben, lediglich Preisspannen seien genannt worden. Ohne Kalkulation könne aber auch kein Geld in den Haushalt eingestellt werden. Es habe auch weitere Ideen, wie beispielsweise ein

Wasserspiel, gegeben. Auch hierzu sind die Kosten unklar. Weiter sei gesagt worden, die Gestaltung könne im Rahmen der Innenstadtsanierung erfolgen. In dieser sei der Brunnen jedoch an keiner Stelle genannt. Genannt wurde dort aber ein Citymanager, der vermutlich zunächst raten würde, den Brunnen zu reparieren.

Ratsherr Gawlik bezweifelt, dass es so ein großes Problem sein soll, den Brunnen zu reparieren. Eine Pumpe sei sogar schon als Spende angeboten worden. Burgdorf brauche eine neue Mitte, um eine hohe Aufenthaltserlaubnis zu haben und die Leute in die Stadt zu ziehen. Daher sei sein Fokus weniger auf der Figur und mehr bei dem Wasser. Die Frage sei nun, wie mit dem Platz umgegangen werden soll. Aber wenn etwas vorhanden ist, dann sollte es auch in einem funktionstüchtigen Zustand sein.

Ratsherr Nijenhof erläutert, dass hier drei Varianten zur Abstimmung stehen. Variante A bedeute, die Instandsetzung des Brunnes werde nicht weiterverfolgt, der Wickenthies käme weg. Alternative B führe dazu, dass alles bleibe, wie es ist und der Brunnen mit Blumen bepflanzt werde. Hier befürchte er Probleme durch Müll und ein unansehnliches Bild im Winter. Durch Variante C werde der Bürgermeister beauftragt, Angebote für die Instandsetzung einzuholen, damit der Rat anschließend eine Entscheidung treffen kann. Die Fraktion WGS-FreieBurgdorfer werde sich für Alternative C aussprechen. Der Brunnen müsse wieder Wasser führen.

Ratsherr Müller macht deutlich, auch die Grünen-Fraktion sei für eine Belebung der Innenstadt. Auch ein Element mit Wasser sei gewollt. Aber das Ziel der Instandsetzung sei nicht so einfach, sonst wäre längst eine Fachfirma gefunden worden. Fraglich sei für ihn auch, wie lange eine Instandsetzung halten würde und wirbt für eine langfristige Gesamtplanung für den Spittaplatz mit Wasserspiel.

Ratsherr Köneke schließt sich der Meinung an, der Spittaplatz müsse belebt werden. Das Schwarz-Weiß-Denken müsse dagegen aufhören. Aus diesem Grunde werde Alternative C bevorzugt, da diese alle Möglichkeiten offenlasse. Zudem sei es ein erheblicher Unterschied, ob eine Privatperson auf ihrem Grundstück oder eine Verwaltung einen Brunnen auf öffentlicher Fläche betreibe. Die Sicherheitsbestimmungen seien unlängst höher. Er wünsche sich für den Spittaplatz ein Gesamtkonzept.

Ratsfrau Paul ärgert sich, dass es auf der einen Seite schon viel zu lange daure, der Rat jedoch nicht mit Informationen versorgt werde. Die Verwaltung solle eine Vorlage vorbereiten. Eine Gesamtplanung für den Spittaplatz könne noch mehrere Jahre dauern, das Wasser müsse jedoch jetzt wieder fließen. Sie wirbt um Zustimmung zu Alternative C.

Ratsherr Fleischmann findet dem Antrag könne gerne zugestimmt werden, da dadurch der Brunnen instandgesetzt werde.

Ratsvorsitzende Meinig schließt die Redeliste. Der Antrag der FDP weiche am weitesten von der Beschlussempfehlung ab und wäre damit zunächst abzustimmen.

Antragstellerin **Ratsfrau Lilienthal** möchte ebenfalls Variante C zur Abstimmung stellen und zieht ihren Antrag zurück.

Somit stellt **Ratsvorsitzende Meinig** zunächst Alternative C zur Abstimmung.

Der Rat fasst mit 19 Ja-Stimmen und 15 Gegenstimmen folgenden

Beschluss:

1. **Zum jetzigen Zeitpunkt wird am Ziel der Instandsetzung des Brunnens als funktionierenden Brunnen festgehalten.**
2. **Der Bürgermeister wird beauftragt, einen schrittweisen Plan zur Instandsetzung zu entwickeln und entsprechende Kostenvoranschläge einzuholen.**
3. **Der Bürgermeister wird beauftragt, den A-USB im Laufe des Jahres 2024 in Form einer Beschlussvorlage über den schrittweisen Sanierungsplan zu informieren. Entsprechende Kostenvoranschläge sind der Beschlussvorlage beizufügen.**
4. **Anschließend soll der A-USB über das weitere Vorgehen beraten und einen diesbezüglichen Ratsbeschluss vorbereiten.**

**16. Waldkindergarten - Antrag der FDP-Fraktion vom 14.04.2024
Vorlage: A 2024 0794**

Die Tagesordnungspunkte 16 und 16.1 werden gemeinsam behandelt.

**16.1. Waldkindergarten - Antrag der FDP-Fraktion vom 14.04.2024
Vorlage: A 2024 0794/1**

Ratsvorsitzende Meinig übergibt das Wort an die Antragstellerin.

Ratsfrau Lilienthal sorgt sich um den Kitaplatzmangel in Burgdorf und möchte dagegen kurzfristig die an der IGS befindlichen Klassenraum-Module nutzen, um sie an geeigneten Standorten aufzustellen und dort einen Waldkindergarten einzurichten. Sie habe nun den Antrag in einen Prüfauftrag umgewandelt. Ein Waldkindergarten wäre eine Bereicherung, sie bittet daher um Zustimmung.

Beigeordnete Gersemann berichtet von den intensiven Debatten hierzu im Ausschuss für Jugendhilfe und Familie, wonach letztlich der Prüfauftrag in die Beschlussempfehlung aufgenommen wurde. Die Einrichtung von Waldkindergärten sei nur möglich, wenn die Rahmenbestimmungen stimmen. Es habe bereits vergebliche Anläufe in der Vergangenheit gegeben, einen Waldkindergarten einzurichten. Nun solle es gerne nochmal versucht werden. Waldkindergärten hätten viele Vorteile und wären damit eine Bereicherung für Burgdorfs Kita-Landschaft. Mit diesem Prüfauftrag werden Erwartungen an die Verwaltung verbunden. Sie bittet die Verwaltung aufzuzeigen, wie es gelingen kann, die Vorgaben einzuhalten und einen zielführenden Weg aufzuzeigen.

Ratsherr Nijenhof verweist ebenfalls auf die intensiven Beratungen im Jugendhilfeausschuss und ist dankbar, dass der Antrag in einen Prüfauftrag umgewandelt wurde. Er selbst sei kein Fan von Waldkindergärten, da Einrichtung und Betrieb sehr kompliziert seien und ein hoher Personalbedarf bestünde. Auch habe er deswegen kaum Hoffnung, dass die Einrichtung dieses Mal gelingen könnte. Als weiteren Aspekt gibt er zu bedenken, ein Waldkindergartenplatz erfülle nicht den Anspruch auf einen Kitaplatz. Auch die Gewinnung von Personal könne ein großes Problem werden.

Bürgermeister Pollehn dankt Ratsfrau Lilienthal, dass sie sich für dieses Thema einsetzt. Zurzeit fehlten rund 160 Kitaplätze und fast wöchentlich liefen Beschwerden von Eltern ein, die vergeblich einen Platz für ihr Kind suchen. Er erinnert daran, dass heute schon für zwei Kindergärten abgestimmt wurde. Es werde gerne geprüft, gleichzeitig müsse aber auch darauf geachtet werden, die laufenden Projekte abzuschließen. Er finde Waldkindergärten toll, sehe es aber ebenfalls kritisch, dass hiermit kein Rechtsanspruch erfüllt werden könne. Burgdorf stehe bei den Fachkräften jedoch gut da.

Ratsherr Gawlik ergänzt, die Fraktion habe sich viele Gedanken um die fehlenden Kitaplätze gemacht. Daraus sei die Idee mit den Modulen für eine Waldkita entstanden. Es gehe dabei um die Möglichkeit, möglichst schnell Kitaplätze zu schaffen. Es müsse jedoch nicht zwingend eine Waldkita werden. Es gelte nichts unversucht zulassen, um den Druck auf die Familien abzubauen. Insbesondere vor dem Hintergrund der in der letzten Ratssitzung beschlossenen Gruppenreduzierung.

Für **Beigeordnete Gersemann** gehe es insbesondere darum, Anregungen zu machen, wie die Kitaplatzsituation entspannt werden könnte.

Ratsherr Köneke unterstützt den Prüfauftrag. Für ihn sei jedoch fraglich, ob eine Containerlösung den Kitaplatzmangel verringern könne. In Burgdorf fehle es nicht an Räumen, sondern an den nötigen Fachkräften. Auch seien bereits Containerlösungen der Umlandkommunen betrachtet worden, welche letztendlich sogar teurer gewesen seien, als konventionelle Kitas. Er plädiert dafür, die Schaffung neuer Kitaplätze weiter voranzutreiben. Erst wenn genügend Kitaplätze vorhanden seien, könne über Besonderheiten wie Waldkitas, kleinere Gruppengrößen und andere Betreuungszeiten gesprochen werden.

Ratsherr Paul bestätigt, der Fachkräftemangel ist da. Personal werde jedoch von guten Trägern angelockt. Daher gehe es darum, jetzt gute Angebote zu machen. Er begrüßt den Vorschlag, die Einrichtung einer Waldkita erneut zu prüfen.

Ratsfrau Lilienthal wünscht sich, dass es langfristig klappt und hofft auf ein positives Ergebnis des Prüfauftrages.

Ratsherr Gawlik stimmt Ratsherrn Paul zu, dass der Fachkräftemangel ein Problem ist. Wenn der Verwaltung und den Trägern jedoch nicht zugetraut werde, das benötigte Personal zu gewinnen, dann bräuhete die Stadt auch keine Kitas bauen.

Ratsvorsitzende Meinig stellt den abgeänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Rat fasst mit 33 Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Möglichkeit zur Schaffung eines Waldkindergartens in der Stadt Burgdorf zu prüfen. Hierbei sollen die rechtlichen Vorgaben untersucht werden. Außerdem soll geprüft werden, ob die Trägerschaft von einem freien Träger übernommen werden kann.

17. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Es liegen keine Anfragen gemäß Geschäftsordnung vor.

Einwohnerfragestunde

Die Fragen aus der Einwohnerfragestunde sind dem Protokoll als **Anlage 2** beigefügt.

Ratsvorsitzende Meinig schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:14 Uhr.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzende

Protokollführerin